Ressort: Technik

Maas pocht auf "Facebook-Gesetz"

Berlin, 28.06.2017, 01:00 Uhr

GDN - Justizminister Heiko Maas hat die anhaltende Kritik an seinem Gesetzentwurf gegen Hasskommentare in den sozialen Netzwerken zurückgewiesen. "Wem am Schutz der Meinungsfreiheit gelegen ist, der darf nicht tatenlos zusehen, wie der offene Meinungsaustausch durch strafbare Bedrohung und Einschüchterung unterbunden wird", sagte der SPD-Politiker den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Mittwochausgaben).

Plattformbetreiber wie Facebook seien verpflichtet, strafbare Inhalte zu löschen, wenn sie davon Kenntnis erlangten. "Wir können uns nicht damit zufrieden geben, dass die sozialen Netzwerke unser Recht missachten", betonte er. "Sie müssen sich wie jeder andere auch an unsere Gesetze halten." Der Gesetzentwurf des Justizministers sieht Strafen von bis zu 50 Millionen Euro vor, wenn Plattformen illegale Inhalte nicht schnell genug löschen. Die Internetwirtschaft erhebt verfassungsrechtliche Bedenken und droht mit Klage. Um den Kritikern entgegenzukommen, haben Union und SPD das Gesetz an verschiedenen Stellen abgeschwächt. Die 24-Stunden-Löschfrist bei "offensichtlich rechtwidrigem Inhalt" bleibt zwar bestehen, für komplizierte Fälle kann nun allerdings die vorgegebene Sieben-Tage-Frist überschritten werden. "Wir haben uns mit den Regierungsfraktionen auf einige weitere Klarstellungen verständigt und so ein sehr gutes Ergebnis erzielt", sagte Maas. "Dieses Gesetz löst nicht alle Probleme, und doch ist es ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung von Hasskriminalität und strafbaren Fake News in sozialen Netzwerken." Zugleich warb Maas für eine Zustimmung zur "Ehe für alle". Diese sollte "längst kein Streitthema mehr sein, sondern eine Selbstverständlichkeit", sagte er an die Adresse der Union. Die "Ehe für alle" sei eine Frage der Gerechtigkeit und "ein Meilenstein auf dem Weg zu einem modernen Recht für eine moderne Gesellschaft".

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-91304/maas-pocht-auf-facebook-gesetz.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619